

Breslauer



Beitrag.

No. 327.

Montag den 25. November

1850.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Hamburg, 23. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Börse sehr flau, bei wenigem Geschäft. Berlin-Hamburg 79 1/2. Köln-Minden 84. Magdeburg-Wittenberge 45.

Hamburg, 23. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Getreide fest. Del stille. Kaffee matter. Zink stille, unverändert.

Stettin, 23. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 34 1/2, p. Frühjahr 38 1/2. G. d. Rüböl 10 3/4. Spiritus 22 1/4 bez., p. Frühjahr 20 Br.

Karlsruhe, 22. November. Die zweite Kammer hat den preussischen Truppen einen Dank votirt.

Oderberg, 22. November. Soeben sind v. Nordbahu folgende Munitionsgegenstände nach Pardubitz expedirt worden: 11,540 leere Wurfbomben, 1137 60pfündige Pulverfässer, 1066 Branddröhen, 3820 Feuerballen und 32 Centner gehacktes und geschmolzenes Zeug zur Füllung der Hohlkugeln. Auf dem Wiener Bahnhofs liegen laut Meldung 1200 Centner Pulver in 30 Wagen verpackt, zur Expedition bereit.

Paris, 21. November, Abends 8 Uhr. Der Monteur protestirt gegen den im Constitutionnel enthaltenen Angriff auf Preußen. Cavaignac spricht sich im Moment du soir entschieden gegen eine Präsidentschafts-Verlängerung Louis Napoleons aus. Der legitime Abgeordnete-Verein hat eine Kommission zur Umänderung des Wahlgesezes ernannt. Der Courier francais ist verurtheilt.

Das neue Journal: „Le Vote universel“ ist gestern bereits mit Beschlag belegt. Anklage: Erregung von Hass und Verachtung gegen die Regierung. Laut amtlicher Statistik wird durch das neue Wahlgesez in den meisten Departements die Hälfte, in einigen ein Drittel der früheren Wähler beseitigt.

Paris, 21. November, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 70. 5% 92, 95.

Paris, 22. November, Abends 8 Uhr. Im Departement Ardèche ist die Ruhe wieder hergestellt, mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Entdecker des Komplotts der Dix Decembre-Gesellschaft, Allais, ist wegen Verklammerung verhaftet. Cretou wird seinen Antrag, das Exil für die Bourbonnen aufzuheben, erneuen. In der gesetzgebenden Versammlung stellen zwei Volksvertreter den Antrag auf Wiederherstellung der Sklaverei.

Paris, 22. November, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 85. 5% 93, 15.

Brüssel, 23. November, Morgens 7 Uhr. Die „Independance belge“ kündigt die durch das klerikale Blatt „Journal de Bruxelles“ behauptete Ausweisung des Kardinal Wiseman aus England.

Amsterdam, 22. November, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Integrale 54 1/2. Spanische inländische Schuld 32 1/2. 2 1/2% Metalliques 36 3/4. 5% Metalliques 69. 5% neue Metalliques 74 1/2. Russische 4% Hope (1840) 85 1/2. Russ. 4% Oblig. (Sieglis und Comp.) 84 1/2. Neue russische Anleihe 92 1/2.

Amsterdam, 22. November, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Raps p. November 56. Rüböl p. November 33 3/4. p. Frühjahr 34 1/4. Roggen-geringes Geschäft, flau.

Preussen. Kammer-Verhandlungen. Zweite Kammer.

Dritte Sitzung vom 23. November.

Tagesordnung: Prüfung der Wahlen.

Der Präsident Graf v. Schwerin eröffnet die Sitzung 1 1/2 Uhr. Auf der Ministerbank befinden sich die Herren v. Mantuffel und von der Heydt. Nach Verlesung des Protokolls theilt der Präsident die Namen der durch die gestrige Wahl ernannten Schriftführer mit. Es sind die Herren Grobdeck, Hartmann, Reuter, v. Gög, Gellert, Eckstein, Gessler, Hirsch, von denen der zuerst aufgeführte Abgeordnete mit 283 Stimmen, der letztgenannte Herr Hirsch mit 107 Stimmen gewählt ist. Auf die Aufforderung des Präsidenten treten die Herren Grobdeck und Gessler das Schriftführeramt sofort an. Als Quästoren des Hauses bezeichnet der Präsident die Herren Hesse und Brocher.

Eine Eingabe mehrerer polnischen Abgeordneten, die hierauf verlesen wird, geht dahin, daß sich die Unterzeichneten unter feierlicher Verwahrung der völkerrechtlichen und nationalen Rechte ihrer polnischen Landesleute gegen jeden aus der Verfassung des preussischen Staats abzuleitenden Nachtheil nunmehr zur Beeidigung der Verfassung und sonach zum Eintritte in die Kammer bereit erklären. Abgeordneter Herr v. Auerswald bemerkt, daß diese Erklärung die Gültigkeit der Verfassung anzuzweifeln scheint und daß nach seiner Meinung die polnischen Abgeordneten nur dann zum Verfassungseide zugelassen seien, wenn dieser Passus vorher ins gehörige Licht gestellt sei. Der Präsident jedoch ist der Ansicht, daß ein solcher Vorbehalt gegen die Verfassung, selbst wenn er in der Erklärung enthalten sein sollte, keine Gültigkeit haben würde, indem der Schwur ein unbedingter und starker verpflichtender sei. Das Haus tritt auf Befragen dieser Meinung des Präsidiums bei und entscheidet sich somit für die Zulassung der Unterzeichner jener Erklärung.

Die Wahlen der Abtheilungen für die Adresskommission sind auf folgende Mitglieder gefallen:

- I. Geyper, Kleff-Regow, Bauer (Sagib).
- II. Bodeffschwingh (Magdeburg), Lavergne v. Peguithen, v. Patow.
- III. D. Camphausen, v. Rüdiger, Fall.
- IV. Cuvongier, Keller-Barnim.
- V. Dhm, v. Bernuth, v. Seckendorff.

VI. Harfort, Genthe, Uffert.

VII. Bodeffschwingh (Hagen), v. Binde, v. Uechtritz. Der Präsident, als verfassungsmäßiger Vorsitzender der Adresskommission, ladet die Mitglieder derselben zu einer Sitzung für heute Abend sechs Uhr ein. Ebenso sagt er sofort eine Zusammenkunft der Mitglieder des Ausschusses für die Geschäftsordnung an.

Der Tagesordnung gemäß wendet sich das Haus hierauf zur Prüfung der Wahlen. Zu einer breiteren Debatte giebt nur die Wahl des sechsten Breslauer Wahlbezirks Veranlassung, in Folge welcher sich jedoch die Abstimmung dahin entscheidet, daß die Anerkennung der Wahl des Hrn. Kleinfürchter nicht weiter beanstandet wird. Ebensovien werden die Besenken von verschiedenen anderen Wahlen erheblich gefunden mit Ausnahme der Wahl des 4. Breslauer Wahlbezirks, wo der Wahlkommissar Hr. v. Zedlig selbst aus der Uene hervorgegangen und die Vorladung dazu durch einfache Briefe mittheilt Postbestellung und ziemlich verspätet erfolgt ist. Der Fall veranlaßt unter Andern auch Hrn. v. Binde zu einigen Worten, mit denen er sich gegen die beanstandete Wahl ausspricht. Das Haus findet schließlich diese Beanstandung gerechtfertigt und erklärt sich also gegen die Zulassung des Hrn. v. Zedlig. Zu zahlreichen Besenken giebt besonders die Umgestaltung des Justizwesens Veranlassung, in Folge deren mehrere Abgeordnete nach der Zeit ihrer Erwählung in veränderte amtliche Stellen versetzt worden sind, ohne daß doch eine eigentliche Verbesserung oder Gehaltserhöhung vorliegt. Außer den Abgeordneten Herren v. Grabowsky, v. Selchow, Wenzel, v. Auerswald, v. Seckendorff u. m. A. theilhaftig sich auch der Minister des Innern, Herr v. Mantuffel, an der Debatte über die Frage: in wiefern die veränderte Stellung der Justizbeamten einen Zweifel gegen die Fortdauer ihrer Abgeordneten-Vollmachten begründe. In dem einzelnen Falle des Abgeordneten Fliegel, durch den die Besprechung hervorgerufen worden ist, erklärt sich die Kammer für die Aufrechterhaltung der betreffenden Vollmacht, was aber das Prinzip anlangt, so wird die Entscheidung darüber vorläufig vertagt.

Nach Erledigung dieses Gegenstandes schließt der Präsident die heutige kurze Sitzung. Die nächste Sitzung findet Montag Mittag 1 Uhr statt. Tagesordnung: Fortsetzung der Wahlprüfungen.

Berlin, 23. Nov. Der zweite Lehrer, Wechsel, von dem königlichen Seminar für Stadtschulen in Berlin, ist zum Direktor des evangelischen Schullehrer-Seminars in Potsdam ernannt; und die Wahl des ersten Lehrers an der höheren Bürgerschule zum heiligen Geist zu Breslau, Dr. Hermann Marsbach, zum Prorektor dieser Anstalt genehmigt und bestätigt worden.

Der Großherzog von Baden, königl. Hoheit, hat dem vormaligen Polizei-Präsidenten von Berlin, wirklichen geheimen Ober-Reg.-Rath v. Minutoli das Ritterkreuz vom Sächsischen Löwenorden verliehen.

Angelommen: Sr. Durchlaucht der Fürst Heinrich LXVII. von Ruß-Schleiz, von Leipzig. Der Hof-Jägermeister von Pachel's: Gehlag, von Potsdam. — Abgereist: Der General-Major und Kommandeur der 5. Division, v. Wuffow, nach Frankfurt a. d. O. Der General-Major und Remonte-Inspekteur, v. Dobenack, nach der Prignitz.

Militär-Wochenblatt. Herr v. Berg, Major, aggr. dem Garde-Reg.-Inf.-(Schw.)-Regiment, verbleibt einmündlich noch in dem Hauptquartier des Prinzen von Preußen, königl. Hoheit. — Bei der 8. und 9. Riedel, Major a. D., zuletzt Platzmajor in Grauburg, zum Führer des zweiten Aufgebots vom 1. Bat. 21. Reg. Desterreich, Oberst-Leutnant a. D., zuletzt Kombr. des 3. Bat. 21. Reg., zum Führer des zweiten Aufgebots dieses Bat. Herrboth, Major, zur Disposition zuletzt aggr. dem 26. Inf.-Reg., zum Führer des zweiten Aufgebots vom 3. Bat. 26. Reg. ernannt. Seidler, Oberst-Leutnant a. D., zuletzt in 2. Inf.-Reg., zum Führer des 2. Aufgebots vom 2. a. D., Reg. ernannt. v. Pichwe, Major u. Kombr. des 1. Bat. 20. Reg., ins 12. Inf.-Reg. versetzt. Glöner, Major und Platz-Regimenteur in Heide, Schwab, Maj. u. Platz-Regiment in Horn, Stano, Maj. u. Platz-Regiment in Magdeburg, als Oberst-Leutnant, v. Daring, Hauptm. u. Platz-Regiment in Grauburg, v. Meben, Hauptm. u. Platz-Regiment in Scharlouis, als Major, sämtlich mit der Ingen.-Uniform mit den vorj. Abz. f. v. u. Pension in den Ruhestand versetzt. v. Knobloch, Major vom 1. Inf.-Reg., als Oberst-Leutnant, mit der Reg.-Uniform mit den vorj. Abz. f. v. u. Pension, der Abtheilung beurlaubt. Voigt, Major a. D., von dem Verhältnis als Führer des zweiten Aufgebots, v. 3. Bat. 26. Reg. entbunden. Reichel, Freundenberg, Kompler, Applicanten bei der Intendantur des sechsten Armeekorps, zu Sekretariats-Assistenten bei der Intendantur resp. des vierten, sechsten u. dritten Armeekorps ernannt. Großmann, Plauemann, Lehmann, Kaufsch, Intendantur-Assistenten von der Intendantur resp. des vierten, achten, ersten u. sechsten Armeekorps, zu überzähligen Offizieren befördert und der 10. Kompanie zu der Intendantur des vierten Armeekorps versetzt.

Dasfelbe Blatt enthält die allerhöchste Kabinetts-Ordre, betreffend die Ergebnisse der diesjährigen Landwehr-Übungen:

„Ich habe aus den Mir vorgetragenen Berichten über die diesjährigen Landwehr-Übungen das überall von den Landwehrmännern an den Tag gelegte Bestreben, sich für den Landwehrendienst zu erhalten, mit Befriedigung entnommen und trage dem Kriegs-Ministerium auf, dieferhalb Meine beifällige Anerkennung und die Erwartung auszusprechen, daß die Landwehr auch fernerhin ihrer Vervollkommnung in der kriegerischen Ausbildung angelegentlich nachstreben werde.“

Sanspouci, den 7. November 1850. Friedrich Wilhelm. (gez.) von Stöckhausen.

An das Kriegs-Ministerium. Außerdem enthält das genannte Blatt eine allerhöchste Bestimmung über die Befestigungsweise der beiden Patronentafeln an dem Leibriemen und des Kochgeschirrs am Tornister. Nach derselben wird das Kochgeschir mittelst des Kreuzriemens

antimimierell sind von diesen Wahlen: Schwerin, v. Patow, D. Camphausen, v. Rüdiger, Genthe, Harfort, Uffert (9). Für eine entschiedene Politik durch das gegenwärtige oder ein anderes Ministerium: Geyper, Bauer (Stargard) Lavergne-Peguithen, Fall, Cuvongier, Dhm, Bodeffschwingh (Hagen), Bodeffschwingh Magdeburg (9). Ministeriell: v. Kleff-Regow, v. Uechtritz, v. Bernuth, Keller (Barnim) (4). Die Majoritäten waren so schwankend, daß in drei Abtheilungen allein durch die Stimmen der Herren Minister v. d. Heydt, Mantuffel und Stöckhausen die Entscheidung in einem nicht antimimierellen Sinne gegeben worden ist.

auf der Klappe des Tornisters befestigt, den Garde-Truppen aber überlassen, die Befestigung auf der oberen Kante des Tornisters zu wählen.

§§ Berlin, 23. Novbr. [Unsere Politik.] In dem Augenblick, wo die deutsche und auswärtige Politik des Ministeriums dem Urtheile der Landesvertreter übergeben werden soll, wo es den Anschein hat, als wolle nur die Opposition über die Vergangenheit des Ministeriums streng zu Gericht sitzen, ist es gewiß von Interesse, das Urtheil einer Partei zu vernehmen, welche nicht eben demokratischer Sympathien wegen verufen ist. Es ist das die Partei der Kreuzzeitung, oder vielmehr eine Fraktion dieser Partei, welche den spezifisch-preussischen Standpunkt und zwar den allerkräftigsten einnimmt. Jenes Urtheil findet sich in einer sorben hier erschienenen Broschüre: „Unsere Politik“ niedergelegt. In dem hier eine Analyse jener Schrift folgen lassen, vermahnen wir uns im Voraus dagegen, daß wir, weit mit einzelnen Punkten einverstanden, etwa die Ansichten theilen, welche der Verf. in Beziehung auf die Stellung Preußens in Deutschland entwickelt. „Durch eine Reihe von politischen Zerwürfeln“, so beginnt der Verfasser, „ist Preußen in eine Lage gebracht, die uns mit dem Untergang bedroht, wenn die bisherige Politik nicht gänzlich und auf der Stelle verlassen wird.“ Um dies näher zu entwickeln, hielt der Verf. eine Rundschau über die gesammte Politik Preußens seit den Märztagen. Das Centrum der Bewirung, meint er, bilden die deutschen Angelegenheiten. Sie seien in doppelter Hinsicht falsch behandelt, indem man erstens dem Drang nach deutscher Einheit mehr Macht und Realität zuschrieb, als er in der That hatte; da diese Voraussetzung falsch war, mußte diese Politik scheitern. Zweitens habe man in der Form der Behandlung gefehlt. Denn da Deutschland ein Staatenbund war, hätten die Verhandlungen über ein engeres Band nicht von sogenannten National-Representanten, sondern von Abgeordneten der Partikularstaaten und der Partikular-Landstände geführt werden müssen. Die Schwäche der „seligen“ Bundesversammlung habe jenes mißgestaltete Parlament hervorgerufen. Diese Schwäche hätten gleichweise Preußen wie Oesterreich und die übrigen Bundes-Staaten hervorgerufen. Die weitere Entwicklung der Frankfurter Bestrebungen aber solle wesentlich Preußen zur Last. Quelle des Unglücks sei die Proklamation vom 21. März, wo es heißt, „Preußen geht in Deutschland auf und stellt sich an die Spitze der Bewegung.“ Das Wort involvirt eine Kriegserklärung gegen Oesterreich und die übrigen Bundesstaaten und brachte die Frankfurter Versammlung dahin, sich für die souveräne Macht Deutschlands zu halten. Es reizte dadurch die Souveränitätseifersucht der Mittelstaaten. In dem Preußen die deutsche Einheit für seine Aufgabe erklärte, zog es das ganze Odium dieser Angelegenheit auf sich, und indem diese Aufgabe schrittweise, fiel damit eine Blame auf Preußen selbst. Unvermeidliche Folge von Preußens hegemonischen Gelüsten sei der Konflikt mit Oesterreich gewesen. Diese Gelüste seien lediglich in der Voraussetzung gehegt worden, daß Oesterreich auseinanderfallen müßte. In dem aber diese Voraussetzung falsch gewesen, habe auch diese Politik scheitern müssen. — Wie man sieht, zeigt sich der „preussische“ Verfasser sehr besorgt um Oesterreich und in dem Nachfolgenden zeigt er es noch mehr. Er sagt nämlich, wenn man in Berlin Oesterreich wirklich für so tief gesunken hielt, so hätte es sich wohl geschickt, „dem Nachbarn zu Hülf zu kommen.“ In dem man das Gegenteil gethan, habe man mittelbar die Erregung in Ungarn und Italien gesteigert, indem man den Anspruch der deutschen Hegemonie erhob, habe man Oesterreichs Ehre gekränkt und Oesterreichs Macht geschwächt. Die preussische Politik sei seit zwei Jahren eine permanente Kriegserklärung gegen Oesterreich gewesen. Deshalb sollten wir uns nicht verwundern, wenn uns Oesterreich jetzt mit „einer Bitterkeit“ entgegenetrete. — Neben den Sympathien für Oesterreich, hegt auch der Verf. eine besondere Vorliebe für die Politik Machiavels. Er hält es nämlich für die elementarste Regel positiver Klugheit, daß man auf die reale Macht ausgeht, den Schein der Macht hingegen eher flieht, als sucht. Deswegen tadelt er es, daß selbst „gebildete Preußen“ sich für ein preussisches Präsidialamt beim Bunde importirt zeigen. „Was soll uns das?“ ruft er aus, wichtig für Oesterreich als ein Nachhall kaiserlicher Traditionen, wäre es für Preußen ein onus, höchst schädlich, da es ihm Eifersucht erregen würde. „Denn Preußen giebt man in Deutschland Eroberungsgelüste Schuld, welche man bei Oesterreich nicht voraussetzt.“ Man sieht, daß der Verfasser die Konferenzen von Wreggen ignorirt. Noch einmal wiederholt der Verf. es sei eine schmachvolle Politik Preußens gewesen, die Oesterreich aus Deutschland verdrängen wollte. „Was hatte uns aber dazu verleitet?“ fragt der Verf., „wir wollten eine selbstständige Politik führen.“ Nun kommt der Verf. zu den Thatfachen und gelangt dabei zuweilen zu Schlüssen, die wir anerkennen dürfen, vorausgesetzt, daß sie eben gemeint sind. Zu einer selbstständigen Politik sei die Gelegenheit in der dänischen Affaire geboten gewesen. Dieser Krieg sei ein unglückseliger gewesen, nachdem er aber da war, „musste man wissen, wozu man Krieg führte, man mußte ihn zu Ende führen.“ Anfänglich erdämlich hat man diese Angelegenheit geführt. „In dem Preußen den Krieg übernahm, gab es der schlechteste politische Bewegung Aufschwung, während sie sonst wohl durch dänische Uebermacht im Keime erstickt wäre, und dann hätte das arme Land doch Ruhe. Statt dessen haben wir die Bewegung gefördert, und hinterher lassen wir die Leute im Stich.“ Bald würden auch deutsche Truppen, die früher den Schleswig-Holsteinern beistanden, einrücken, um diese jetzt für Dänemark zu unterwerfen. „Dann werden sich diese Truppen Bundesstruppen nennen, früher hießen sie Reichstruppen und die Diplomaten werden leicht beweisen, daß es jetzt eine ganz andere Sache ist. Aber diese Distinktionen sind nicht für das Gefühl eines Volkes, welches solches Verfahren einfach als Verrath empfindet.“ — Jetzt kommt der Verf. auf die Entwicklung der Frankfurter Verhältnisse, wobei Preußen ruhig zusehen, die „kaiserliche“ bis zur letzten Scene des letzten Aktes habe spielen“ lassen und dann erst Nein gesagt habe. In dem Preußen erst sein Aufgehen in Deutschland erklärt, dann der Frankfurter Entwicklung Schritt vor Schritt zugehen, und dann auf einmal sein Nein aussprechen, „hat es Deutschland ganz offenbar gekränkt.“ Mangel an Konsequenzmache ist an dem Verf. nicht zu tadeln. Seiner Meinung nach hätte Preußen, nachdem es nun endlich mit den Franzt

surtern gebrochen, endlich die richtige Bahn, nämlich die Rückkehr zum alten Bundesstaate, einschlagen müssen. Aber nun sei etwas erfolgt, „was nur die Gedankenlosigkeit erzeugen konnte“, nämlich die Union. Ueber dies „revolutionäre Projekt“ ergießt nun der Verf. eine wahre Lauge von Ironie, Satire und seltigen Ausdrücken. Dann fährt er fort: „die Union-Politik war eine falsche Politik. Gleichwohl kann doch auch eine falsche Politik noch einigen Werth haben, wenn sie, mit Energie und Sicherheit geführt, sich wenigstens ihrer Behandlungsart wegen Achtung erwirbt.“ Die schlechte Leitung dieser Politik beweist der Verf. daran, daß die Union gegen die renitenten Mitglieder nicht eingeschritten. In dem sich die Union schwach bewies, sank sie zu einem bloßen Phantome hinab. Die Frage, was die Regierung zur Fortsetzung einer so unergiebigen Politik bewegen konnte, beantwortet der Verf. höhnend mit den Worten: die preussische Ehre. Hierbei wird der Verf. überaus grimmig. „Je mehr Ehre im Munde, desto weniger Verstand im Kopfe“ ruft er aus. Endlich sei man zu der Ueberzeugung gelangt, daß diese ganze Politik impraktikabel sei; es sei also doch zu erwarten gewesen, daß man sie aufgebe. „D nein!“ bricht der Verfasser aus, „das leidet die preussische Ehre nicht. Das hieß die Wahrheit anerkennen und sich vor dem gesunden Menschenverstand beugen. Was? vor diesem höchst gemeinen, demokratischen Wesen, das unsere Politik nie anerkannt? Nimmemehr! dazu gehört eine ganz andere Macht. Das muß der Kaiser aller Reußen sein. So pilgern wir denn nach Warschau. Da lassen wir uns den Pelz waschen, und nun auf einmal wird die preussische Ehre dickflüssig.“ „Jetzt sehen wir diese Ehre, welche sich die deutsche Einheit zu ihrer Aufgabe gemacht hatte, nach Warschau ziehen, und was stets bei allen Wälfen für das Schändlichste gehalten worden, dort nationale Angelegenheiten vor einem fremden Forum verhandeln, und zwar eben um der Ehre willen.“ Wir unterlassen es, die Charakteristik der Warschauer Konferenzen mit den Worten des Verf. wiederzugeben, sie ist so drastisch, daß sich höchsten Preußenfeinde daran ergöhen können. — Nachdem der Verf. alle die näher bezeichneten Haltheiten in der preussischen Politik noch einmal rekapitulirt, fährt er fort: „Und dennoch scheinen wir vom Bann noch nicht erlöst, die Halbheit ist uns angeheert.“ Nachdem man in Warschau nachgegeben, werde hinterher gerüstet; das sei das neueste Kabinettsstück. Gegen diese Rüstungen und gegen einen beabsichtigten Krieg spricht sich der Verf. mit dem größten Unwillen aus. Ihm scheint es nicht bezeugt, daß Staaten ihre Fehler nicht durch Nachgiebigkeit, sondern nur durch erneute Energie wieder sichern. Fatalistisch verlangt er, daß Preußen seine Fehler einsehe, und als reuiger Sünder die Strafe hinnehme. In dem er die Kriegsfrage unterfucht, spricht er die Ansicht aus, daß Preußen demalen überhaupt nicht sich in der Lage befände, einen solchen Krieg mit Erfolg zu führen. Die Russen seien uns überlegen. Der Verf. setzt also voraus, daß die Russen kommen! Wir sind wohl nicht die Einzigen, die da meinen, die Russen denken nicht daran, uns in unserm eigenen Lande aufzusuchen. Wir finden aber hier den Schlüssel nicht allein zu der Politik des gegenwärtigen Kabinetts, sondern auch der Partei, zu welcher der Verfasser gehört.“ So lange wir überhaupt noch glauben, daß Rußland uns vernichten kann, so lange werden wir nicht groß und selbstständig dastehen können. — Doch zurück zu unserm Verfasser. Da nun alle unsere Projekte gescheitert seien, fährt er fort, so hätten wir alle Ursache, „uns auf uns selbst zurückzusehen“, das Nächste seien wir uns immer selbst — Preußen. Die deutsche Einheit sei für Preußen bei weitem keine Frage seiner Existenz, sondern nur der Convenienz, mit der wir uns befaßen werden, so weit es convenirt. „Se genwärtig genit es.“ Die ganze Politik sei aus der irigen Voraussetzung entsprungen. Preußen sei nicht in sich selbst gegründet, sondern ruhe auf Deutschland. Es sei daher mit dieser Politik nichts anderes zu machen, als das letzte Fädchen davon aufzugeben. Die Welt müsse erfahren: „Der Traum ist vorüber und Preußen ist wieder Preußen.“ Alle unitarischen und centralistischen Ideen müssen beseitigt und zur Waffe des reinen Föderalismus (soll heißen: des alten Bundesstaats) zurückgeführt werden. — Das ist das Programm einer Partei, die wie zum Heile Preußens und Deutschlands nie wieder am Ruder des Staates zu erblicken wünschen. Nichts bestoemiger haben wir geglaubt, jenes Programm mittheilen zu müssen, damit das Publikum über ihre Wünsche, Hoffnungen und Befürchtungen unterrichtet werde und auch die Wahrheiten nicht verloren gingen, die sich dann allerdings unter den vielen Trugschlüssen befinden.

§ Berlin, 23. November. [Die polnischen Abgeordneten. — Adress-Kommission. — Die Wölfe.] Bekanntlich hatten die Abgeordneten polnischer Nationalität am Schlusse der vorigen Kammeression noch vor Beschwörung der Verfassung ihre Mandate niedergelegt, um eben nicht diese Verfassung, in welcher sie eine Garantie ihrer nationalen Rechte vernichten, freiwillig anzuerkennen und zu beschwören. Sie appellirten eben durch die Niederlegung ihrer Mandate an ihre Kommittenten, und erhielten durch ihre Wiederwahl von diesen eine Billigung ihres Schrittes. Deshalb glaubten sie heute bei den Wahlprüfungen eine Erklärung des Sinnes, in welchem sie sich gegenwärtig der Verfassung unterwerfen, oder vielmehr sich auf den Boden derselben stellen, um für ihre nationalen Rechte weiter zu kämpfen, abgeben zu müssen. Diefelbe bildet, wenn man so sagen will, einen bei jeder Gelegenheit wiederholten Protest gegen die Verkümmern derjenigen Rechte, auf welche die Polen einen Anspruch zu haben meinen. Von diesem Standpunkte aus allein ist das Vorkommen in der heutigen Sitzung anzusehen. — Die heute früh gewählte Adress-Kommission der zweiten Kammer ist sehr wider Erwarten ausgemallen. Man kann die Kammer-Parteien nicht scheiden in eine ministerielle und eine antiministerielle, denn, wie ich bereits bemerkte, die Anzahl derjenigen Abgeordneten, welche das gegenwärtige Ministerium noch zu süßen gesonnen scheint, ist sehr gering; man muß vielmehr im Augenblicke zwischen einer kriegerischen und einer friedlich gesinnten Partei scheiden, und von diesem Standpunkte der Beurtheilung aus muß man eingestehen, daß die letztere dieser Parteien bei der Wahl der Adress-Kommission einen entscheidenden Sieg davon getragen hat, denn von den 21 Mitgliedern der Kommission gehören 13 ihr an, und nur 8 der erstgenannten Partei. (Vergl. damit die Note zu

